

66 Wir r wehrhafter

Droht Europa mit der Zuwanderung wirklich der Untergang? Philosoph Peter Sloterdijk, Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD), sieht die deutsche Kultur als «Experimenten» und möchte die Abwehrkräfte stärken. **Interview: Martin**

Eigentlich hätte man Marc Jongen gern an seinem Arbeitsplatz in Karlsruhe getroffen, der Staatlichen Hochschule für Gestaltung, wo er als Philosoph doziert und Peter Sloterdijk als Rektor assistiert hat. Doch Jongen schrieb, das gehe nicht. Er möchte und müsse «die Politik vom Akademischen trennen». Jongen verfasst gerade ein Parteiprogramm für die Alternative für Deutschland. Seine Auftritte als stv. Landesvorsitzender der Partei in Baden-Württemberg sorgten an der Hochschule für Aufregung, inklusive Anti-AfD-Banner am Eingang. Er lasse sich als «akademisches Feigenblatt einer rechtsnationalen Splitterpartei mit Verbindungen in die Neonazi-Szene» missbrauchen, warf ihm ein Kollege, der Schweizer Kunsthistoriker Beat Wyss, vor. Der neue Rektor will ihn nicht als Assistenten. Akademische Karriere in Deutschland werde er nun nicht mehr machen, meint Jongen – ein grosser, schüchtern wirkender Mann –, als er sich zum Gespräch setzt; in einem Café direkt neben der Hochschule.

NZZ am Sonntag: Herr Jongen, die AfD redet viel von Krisen und Bedrohungen. Woran krankt unsere Gesellschaft?

Marc Jongen: Verschiedene krisenartige Szenarien verschränken sich heute. Zum einen sind wir in Europa einem demografischen Schrumpfungsprozess ausgesetzt. Zum anderen hat die Banken- und

Währungskrise gezeigt, dass die alte Allianz zwischen Finanzkapital und Bürgertum nicht mehr existiert. Die europäischen Regierungen haben die Schulden privater Banken in Staatsschulden umgewandelt, die steuerzahlende Bevölkerung wurde damit für die Fehler einer verantwortungslosen Spekulantenkaste in Haftung genommen. In der Flüchtlingskrise setzt die deutsche Bundesregierung jetzt auf eine Politik der offenen Grenzen und verstärkt diese Zerfallsprozesse damit noch massiv.

Die AfD muss sich vorwerfen lassen, sich gegen rechtsradikale Positionen ungenügend abzugrenzen. Oder gegen Aussagen wie die der Parteiprecherin Frauke Petry, im Staatsinteresse könne auf Flüchtlinge geschossen werden.

So ist das nicht gesagt worden. Frau Petry hat sich in einem Interview zur Aussage hinreissen lassen, als Ultima Ratio sei auch der Schusswaffengebrauch für die Grenzpolizei geboten, nachdem sie mehrfach betont hatte, dass niemand, auch nicht in der AfD, auf wehrlose Menschen schiessen wolle. Dass daraus die Schlagzeile vom Schiessbefehl entstand, zeigt, wie hysterisch die Stimmungslage im Moment ist. Man kann darüber streiten, ob das eine glückliche Aussage war, ob Frau Petry das nicht hätte unterlassen oder differenzieren sollen, aber die AfD war hier zweifellos Opfer einer Medienkampagne.

Wie differenzieren?

Laut geltendem Gesetz ist Waffengebrauch auf die Fälle zu beschränken, wo eine schwere Straftat droht oder die Menschen, die versuchen, in das Staatsgebiet einzudringen, ihrerseits Gewalt anwenden wollen.

Sie werfen der Regierung Merkel Rechtsbrüche vor. Warum?

Streng genommen sind all diese Menschen, die über sichere Drittstaaten einreisen, keine Flüchtlinge. Im Moment, da sie die Grenzen überschreiten, sind sie illegale Einwanderer, die Grenzpolizei hätte die Aufgabe, sie zurückzuweisen, so ist die Gesetzeslage. Sie wurde von der Bundesregierung ausser Kraft gesetzt.

Sie greifen im Namen der Demokratie eine demokratische Regierung an.

Von Colin Crouch stammt der Begriff der Postdemokratie. Er besagt, dass die Demokratie sich unversehens in eine Regierungsform verwandelt, in der zwar an der Oberfläche alle demokratischen Institutionen erhalten bleiben, in der aber die Entscheidungen längst von anderen Instanzen getroffen werden und der reale Einfluss der Bürger auf das Regierungsgeschehen gegen null tendiert.

Worauf gründen Sie diese Diagnose?

Ich denke an die Nacht-und-Nebel-Aktion, mit der 2012 der Euro-Rettungsschirm ESM installiert wurde.

müssen werden

h Marc Jongen, Chefdenker der
tur in Gefahr. Er warnt vor «Multikulti-
in Helg



Marc Jongen

Partei-Philosoph der AfD

Marc Jongen (*1968 in Meran) studierte Philosophie, Indologie, Geschichte, Germanistik und Volkswirtschaft. Er war Redaktor der «Neuen Südtiroler Zeitung», Autor und Essayist und promovierte zum Thema «Nichtvergessenheit. Tradition und Wahrheit im transhistorischen Äon». Seit 2003 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe, wo er dem ehemaligen Rektor

Peter Sloterdijk assistierte. Als Vize-Landesvorsitzender der Alternative für Deutschland in Baden-Württemberg schreibt Jongen an einem politischen Manifest, das die weltanschauliche Marschrichtung der AfD umreissen soll. Dazu Peter Sloterdijk: «Ich sähe es lieber, er führte seine seit langem überfällige Habilitationsschrift zu Ende.» Den Titel «Partei-Philosoph» empfindet Marc Jongen als «vergiftetes Lob». (mah.)

Damals gaben die europäischen Staaten de facto ihre Haushaltshoheit auf, einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität. Das war ebenso ein Ermächtigungsgesetz, wie heute Angela Merkels Einwanderungspolitik auf einem Akt der Selbstermächtigung beruht.

Wie wollen Sie die Demokratie stärken?

Durch mehr Bürgerbeteiligung auf allen politischen Entscheidungsebenen. Deshalb heisst es auf unseren Wahlplakaten: Für Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild! Die Schweiz ist in vieler Hinsicht ein Vorbild für die AfD, wir streben eine Art Verschweizerung Deutschlands an.

Die AfD verteidigt Bürgerwehren. Führt das nicht in die Anarchie?

In Wahrheit ist es so, dass die Regierenden eine Sabotage der Staatsmacht betreiben und so die Anarchie befördern. Wenn der Staat nicht mehr fähig ist, in gewissen Gegenden die Sicherheit zu gewährleisten, organisieren sich Bürger in Notwehr und übernehmen diese Aufgabe. Die AfD würde nie sagen, dass dies ein wünschenswerter Zustand sei. Wie zum Rechtsstaat muss auch zum staatlichen Gewaltmonopol zurückgekehrt werden. Wir fordern die Aufstockung der Polizei, die fast zu Tode gespart worden ist.

Wehrhaftigkeit scheint zentral in der Ideenwelt der AfD. Sie sprechen in diesem Zusammenhang vom «Thymos».

Platon unterscheidet zwischen den drei Seelenfakultäten Eros, Logos und Thymos: Begehren, Verstand und der Lebenskraft oder dem Muthaften, dem die Affekte Wut und Zorn angehören. Unsere konsumistische Gesellschaft ist erotozentrisch ausgerichtet. Hingegen pflegen wir kaum noch die thymotischen Tugenden, die einst als die männlichen bezeichnet wurden.

Wie äussert sich dies?

Man sieht es zum Beispiel an der Haltung zu allem Militärischen, das bei uns allenfalls als notwendiges Übel noch geduldet wird. Ich habe das Gefühl, dass auch unsere politischen Eliten nach 1968 ganz elementare Lektionen der Aussenpolitik und der Geostrategie verlernt haben. Auch wesentliche psychopolitische Gesetzmässigkeiten ignorieren sie und glauben, ein Staat könne ohne Grenzen existieren, bald vielleicht auch ohne Polizei und Militär.

An der Grenze dient der gerechte Zorn dem Schutz des Nationalen?

Beim Schutz der Staatsgrenzen geht es nicht um gerechten Zorn, sondern um ein politisches Erfordernis. Der Nationalstaat ist eine Entität, die wir bis vor kurzem noch ganz selbstverständlich verteidigt haben, das war sozusagen der letzte thymotisch aufgeladene soziale Grosskörper. Das supranationale Gebilde, sprich die EU, ist bereits eine postthymotische

Stolze deutsche Geister

Als Apologet einer Volksidentität, die er durch kulturell andersartige Migranten bedroht sieht, hat Marc Jongen namhafte intellektuelle Gesellschaft. Der Schriftsteller Botho Strauss möchte «lieber in einem aussterbenden Volk leben» als in einem, das «mit fremden Völkern aufgemischt, verjüngt» wird. Der Philosoph Rüdiger Safranski warnt vor den soziokulturellen Folgen von «Abermillionen islamischen Einwanderern im Land». Jongens Ziehvater Peter Sloterdijk beklagte im Magazin «Cicero», die deutsche Regierung habe sich «in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben». Das Land habe «das Lob der Grenze nicht gelernt». Dem Konzept von Wehrhaftigkeit und «Thymos» (Lebenskraft) widmete Sloterdijk 2006 den Gross-Essay «Zorn und Zeit». Darin preist er den Zorn als Mittel des Selbsterhalts und ruft dazu auf, seine Energie kollektiv und domestiziert zu nutzen.

Struktur, die auch schon als Vorstufe eines befriedeten Weltstaates oder Nicht-mehr-Staates begriffen wird.

Wäre ein befriedeter Weltstaat nicht auch ein lohnenswertes Ziel?

Ich kann den Wunsch danach gut nachvollziehen, er macht aber die Rechnung ohne die Natur des Menschen und der Kulturen. Es gibt nichts Gefährlicheres als eine Utopie, die man entgegen der offen zutage liegenden Realität umzusetzen versucht. Sie führt zum genauen Gegenteil dessen, was sie eigentlich will, nämlich nicht zu einem friedlichen Zustand, sondern zur Niederlage in einem Kampf, der auch dann weitergeht, wenn man nicht mehr kämpfen will. Andere werden es tun, den allzu Friedfertigen wird nur noch das Himmelreich bleiben. Das Bewusstsein, dass der Staat in seinen Grenzen geschützt werden muss, ist in vielen europäischen Ländern und ganz besonders in Deutschland nur deshalb so stark zurückgegangen, weil andere diese Aufgabe für uns übernommen haben, namentlich die Amerikaner und die Nato. Jetzt sind wir plötzlich wieder mit einer Situation konfrontiert, wo uns fast schockartig bewusst gemacht wird, dass es ohne Grenzen nicht geht.

Sie meinen wegen der Flüchtlinge?

Ja, wir reden von keiner militärischen Bedrohung, davor stehen wir im Moment noch nicht. Die sogenannten Flüchtlinge, wir sagen Migranten, kommen ja nicht mit kriegerischen Absichten ins Land. Aber es kommen auch viele IS-Kämpfer, getarnt als Flüchtlinge, nach Europa, so dass die Übergänge zum militärischen Feld sehr rasch fließend werden können.

Woher wissen Sie das? Ist diese Gefahr nicht überschätzt?

Dafür, dass die Gefahr überschätzt ist, können wir eigentlich nur beten.

Sehen Sie durch die Migration die innere Sicherheit gefährdet?

Es gibt verschiedene Methoden, einen Staat zu destabilisieren. Auch die schrankenlose Überschwemmung mit Menschen, die auf die lange Dauer nicht integrierbar sind, weil sie einfach zu viele sind und zu fremd, bedeutet eine Destabilisierung.

Könnten wir nicht einfach auf die Selbstregulierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems vertrauen? Menschenströme folgen Kapitalströmen.

Wenn Menschen einfach nur dorthin gingen, wo sie dauerhaft in Arbeitsverhältnisse treten können, wäre daran nichts auszusetzen. Aber viele, die jetzt kommen, sind Analphabeten, können also allenfalls die einfachsten Arbeiten verrichten, von denen es immer weniger gibt in einer hochentwickelten Wirtschaft wie der deutschen. Diese Menschen werden durch eine Reihe von Fehlanreizen angelockt. Sie dürfen mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass



Zornesausfaltungen gegen die deutsche Flüchtlingspolitik: AfD-Anhänger demonstrieren in Erfurt. (21. Oktober 2015)

sie nicht wieder nach Hause geschickt werden und dass für sie hier gesorgt wird in einer Weise, wie sie es in ihren eigenen Ländern gar nicht erträumen können. Dass sie zu uns kommen, ist nur allzu verständlich.

Immerhin konsumieren sie hier auch.

Ja, aber der bloss Konsum kann nicht Sinn und Zweck der Einwanderung sein. Es werden sich Parallelgesellschaften bilden, wie man sie jetzt schon in gewissen Städten des Ruhrgebiets oder in Teilen Berlins besichtigen kann. Dort gibt es No-go-Areas, die französischen Banlieues ähnlich sehen. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, weil es den sozialen Frieden nachhaltig zu untergraben droht. Wir sehen bereits auf deutschen Strassen, was das an Beunruhigung auslöst.

Konkurrenzangst?

Das auch. Deshalb ist ja die Linke in einer so widersprüchlichen Lage. Die These von Marx, der Kapitalismus werde an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen, kann man jetzt auf die Linke übertragen. Auch sie wird an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gehen, die unter anderem darin bestehen, dass sie einerseits vorgibt, die Partei des kleinen Mannes zu sein, zugleich aber diese massive Einwanderung kritiklos fördert, die ihre eigene Klientel, die kleinen Leute, am allermeisten schädigt.

Nicht nur Linke, auch Wirtschaftsbesse machen sich für Einwanderer stark.

Das geschieht dort nach dem Motto «die Gewinne privatisieren und die Kosten sozialisieren». Gewisse Wirt-

«Es gibt nichts Gefährlicheres als eine Utopie, die man entgegen der Realität umzusetzen versucht.»

schafftsführer wollen sich aus der Masse der Ankommenden die Rosinen herauspicken, die sie brauchen können, und den grossen Rest ignorieren, für den dann der Staat oder die Gemeinschaft aufkommen sollen.

Migranten kosten nicht nur; die billige Arbeitskraft ihrer Herkunftsländer trägt zu unserem Wohlstand bei. Ist es nicht unfair, sie auszuschliessen?

Solche Argumente zielen auf das schlechte Gewissen, das in ganz Europa verbreitet ist. Es basiert auf dem suggestiven Gedanken: Wir sind so reich, weil die so arm sind - und umgekehrt. Natürlich ist das nicht ganz ohne Berechtigung. Zum Beispiel exportiert die EU hoch subventionierte Landwirtschaftsprodukte und ruiniert damit lokale Märkte in Afrika, hochgerüstete EU-Flotten fischen die afrikanischen Küsten leer. Das sind schreiende Ungerechtigkeiten, die wir abstellen müssen, damit wir dann auch guten Gewissens unsere Grenzen schützen können. Von den Hunderten Millionen hilfsbedürftigen Menschen in der Welt werden wir immer nur einen sehr kleinen, fast verschwindenden Prozentsatz nach Europa holen können. Der Gedanke, dass wir in Europa für die Gerechtigkeit der ganzen Welt sorgen könnten, ist Ausdruck einer gigantischen Selbstüberschätzung.

Ein böses Schlagwort dazu heisst «moralischer Imperialismus».

Wenn Deutschland versucht, am deutschen Wesen die Welt genesen zu lassen und alle Mühseligen und Beladenen hierher zu holen, kommt es zwangsläufig zu einem autoritären Verhalten gegenüber anderen europäischen Ländern, die sich dieser überzogen humanitaristischen Moral nicht unterwerfen wollen. Hier zeigt sich die ironische Dialektik, dass Deutschland, gerade indem es versucht, sich von den Sünden seiner Vergangenheit reinzuwaschen und historische Wiedergutmachung zu leisten, wiederum als aggressiv und bedrohlich gegenüber seinen europäischen Nachbarn empfunden wird.

Was ist das konkret, was Sie an den Staatsgrenzen schützen wollen?

Wenn unsere Vorväter dieses Territorium nicht leidenschaftlich und wenn nötig auch mit Gewalt verteidigt hätten, würden wir jetzt nicht hier sitzen und uns in unserer Sprache unterhalten. Die FDP macht heute Vorschläge, das Englische zur zweiten Amtssprache zu erheben, um ausländischen Fachkräften den Zugang zu erleichtern. Man kann sich vorstellen, wie die deutsche Sprache dadurch ins Hintertreffen geriete. Zu befürchten ist ihr Absinken auf ein Gebrauchssidom, das man vielleicht noch spricht, um banale Inhalte zu transportieren, während man in der Kultursphäre, der Wirtschaft und der Wissenschaft zum Englischen übergegangen ist. Jetzt höre ich auch schon den Vorschlag, Arabisch als zweite Unterrichtssprache in Schulen einzuführen.

Was missfällt Ihnen am Kulturwandel?

Es gibt keine rationalen Gründe dafür oder dagegen, das ist eine Entscheidung, die man entweder aus Überlebenswillen trifft oder, wenn Sie so wollen, wie ein ästhetisches Geschmacksurteil. Ich möchte einfach nicht, dass das Deutsche verschwindet, weil viel kulturell Wertvolles in dieser Sprache geschrieben und gesagt wurde. Im Moment bewegen wir uns geradewegs auf die kulturelle Selbstabschaffung zu.

Müssten Sie als liberaler Denker sich nicht für den Austausch starkmachen?

Was Europa angeht, hat die AfD die Idee des Kulturaustauschs, des Kapital- und Personenverkehrs nie infrage gestellt. Wir pochen aber darauf, die Politik an den Realitäten abzugleichen. Wenn eine bestimmte Praxis zu existenzbedrohenden Folgeproblemen führt, muss man die Notbremse ziehen und darf nicht aufgrund abstrakter Ideale eine Entwicklung befördern, die in den Abgrund führt. In Deutschland trifft die Masseneinwanderung auf eine Mentalität, für die die leiseste Bemerkung, das Land dürfe kein beliebiger Standort für Multikulti-Experimente sein, in den Verdacht des Rechtsradikalismus gerät.

Die AfD verstehen Sie als Vertreterin eines «Avantgarde-Konservativismus». Was meinen Sie damit?

Knapp gesagt: die Indienstnahme zeitgenössischer Denkmittel zur Errei-

«Hypermoral, die die öffentliche Meinung beherrscht, vergiftet das gesellschaftliche Klima, weil sie nicht lebbar ist.»

chung konservativer Ziele. Es geht nicht darum, ängstlich am Hergebrachten festzuhalten. In einer Zeit der permanenten Traditionsbrüche müssen tradierungswürdige Zustände erst wieder aktiv herbeigeführt und gestaltet werden. Der symbolische Überbau der Gesellschaft, deren Moral, Werte und Überzeugungen müssen immer daraufhin befragt werden, in wieweit sie das Überleben der Gesellschaft garantieren, inwieweit sie kulturell nachhaltig sind. Mit der Hypermoral, die die öffentliche Meinung derzeit beherrscht, ist nicht nur kein Staat zu machen, sie vergiftet auch das gesellschaftliche Klima, weil sie nicht lebbar ist.

Halten Sie den Primat der Moral für schädlich?

An unserer christlich-humanistischen Orientierung in Fragen der Moral ist natürlich unbedingt festzuhalten. Was ich aber in der Tat für schädlich halte, ist der Primat der Moral über die Politik und vor allem über das Recht. Wenn man in den Maschinenraum der Kultur schaut und sich fragt, welche Funktionen die Moral erfüllt und welche Dysfunktionen sie ganz konkret bewirkt, dann zeigt sich: Wir müssen, um als europäische Staaten und Völker zu überleben, deutlich nüchterner, realistischer und auch wehrhafter werden, mit einem Wort: erwachsener.

Giardina
16na

LEBEN
IM GARTEN
16.-20. MÄRZ
MESSE
ZÜRICH

100 JAHRE
ZUKUNFT
M
.CH

MIT SPEZIELLEM
THEMENBEREICH:
BALKONGÄRTEN &
KLEINTERRASSEN

Tauchen Sie in einzigartige Gartenwelten ein und erleben Sie diese Saison moderne Interpretationen der Gartenromantik sowie raffinierte Inszenierungen von Solitärpflanzen. An der Giardina präsentieren die bedeutendsten Anbieter der Branche neue Produkte, kreative Lösungen und die kommenden Trends in der Gestaltung von Gärten, Terrassen und Balkonen. www.giardina.ch

NZZ am Sonntag
ZEITUNG · SMARTPHONE · TABLET · WEB

Jardin Suisse

CHAMPAGNE
PERRIER-JOUËT

SBB CFF FFS
RailAway-Kombi